



1	Abteilungsübergreifendes	1
1.1	Finnische Ratspräsidentschaft - Economy of wellbeing	1
1.2	Menschen mit Behinderungen	1
1.3	Beihilfen für Gesundheits- und soziale Dienstleistungen	2
1.4	Schwedische Arbeitsministerin Kandidatin für EU-Kommission	2
1.5	Cannabis	2
2	Zukunft Europas	3
2.1	Brexit	3
2.2	Neue Regierung in Italien	3
3	Gesundheit	4
3.1	EHealth	4
3.2	Globaler Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria	4
3.3	Ebola	4
3.4	Rheinland-Pfälzerin im EP-Gesundheitsausschuss	5
3.5	Homöopathie	5
4	Veranstaltungshinweis - Treffen der Menschen mit Armutserfahrung	5
5	Links	5

1 Abteilungsübergreifendes

1.1 Finnische Ratspräsidentschaft - Economy of wellbeing

Die Arbeit für ein integrativeres Wirtschaftswachstum (economy of wellbeing) in Europa zählt zu den wichtigsten Prioritäten der finnischen EU-Ratspräsidentschaft (1. Juli bis 31.12.2019). Es geht um nicht weniger als einen Paradigmenwechsel: die Verknüpfung von Wirtschaftswachstum und Wohlstand aller. Vorreiter dieses neuen Denkens sind z.B. der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die OECD. Die Finnen wollen, dass die EU mit der Diskussion und der Entwicklung Schritt hält. Sie erwarten, dass auch die nächsten EU-Präsidentschaften, Kroatien und Deutschland, dieses Thema weiterverfolgen. Die ebenfalls versprochenen Bestrebungen für eine ehrgeizige Klimapolitik sollen sozial nachhaltig erfolgen. Um die soziale Dimension des Europäischen Semesters weiter zu stärken, dürfe aus finnischer Sicht nicht in Silos gearbeitet werden. Es bedürfe keiner neuen Kompetenzen für die EU, sondern neuer Strukturen. So befürwortet Finnland gemeinsame Treffen der Wirtschafts- und Sozialminister.

https://www.euractiv.de/section/finanzen-und-wirtschaft/news/finnische-sozialministerin-europa-braucht-einen-paradigmenwechsel-hin-zur-wirtschaft-des-wohlstands/?_ga=2.168886755.392362785.1566999835-680240981.1538743035

1.2 Menschen mit Behinderungen

Nachdem der Fahrplan für die Evaluierung der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020 feststeht, startete die Europäische Kommission am 31. Juli 2019 die angekündigte Konsultation für Interessenträger, um Anregungen zu bekommen, wie die Politik für Menschen mit Behinderungen in Zukunft verbessert und wirksamer und zielgerichteter gestaltet werden kann. Alle Inte-



ressierten können an der öffentlichen Konsultation teilnehmen, indem sie den Online-Fragebogen bis zum 23. Oktober 2019 ausfüllen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2018-4958882/public-consultation_de

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2018-4958882_de

1.3 Beihilfen für Gesundheits- und soziale Dienstleistungen

Nachdem der Fahrplan für die Bewertung der EU-Vorschriften über staatliche Subventionen für Gesundheits- und soziale Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse feststeht, startete die Europäische Kommission am 31. Juli 2019 die angekündigte Konsultation für Interessenträger. Im Zuge dieser Bewertung soll geprüft werden, inwieweit die Vorschriften die im Rahmen des Dienstleistungspakets von 2012 gesteckten Ziele erfüllen. Die Ziele bestanden darin, die EU-Mitgliedstaaten bei der Finanzierung solcher Dienstleistungen zu unterstützen, die für die Menschen und die Gesellschaft insgesamt von entscheidender Bedeutung sind, und dabei gleichzeitig die wichtigsten Grundsätze der Kontrolle staatlicher Subventionen zu wahren, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Im Rahmen der Bewertung wird auch ermittelt, wie die Verordnung über geringfügige staatliche Beihilfen (sogenannte „De-minimis“-Beihilfen) in Bezug auf solche Dienstleistungen angewandt wurde.

Die Konsultation ist bis 6. November geöffnet.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2019-3777435/public-consultation_de

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2019-3777435_de

1.4 Schwedische Arbeitsministerin Kandidatin für EU-Kommission

Der schwedische Ministerpräsident Stefan Löfven hat am 8. August 2019 bekanntgegeben, dass er seine seit 2014 amtierende Arbeitsministerin Ylva Johansson als EU-Kommissarin nominiert hat. Sie wird Cecilia Malmström ersetzen, die für das Handelsportfolio zuständig ist. Johansson ist die neunte weibliche Kandidatin für die neue Kommission, die der designierten Präsidentin Ursula von der Leyen vorgeschlagen wird. Schweden hat immer nur Frauen für die Kommission nominiert.

<https://www.politico.eu/article/sweden-nominates-employment-minister-as-eu-commissioner/>

1.5 Cannabis

Während des Sommerlochs hat sich Politico mit den Plänen Luxemburgs auseinandergesetzt, den Anbau, Kauf, Konsum und Besitz von Cannabis – voraussichtlich nur für Personen mit Wohnsitz in Luxemburg - zu legalisieren. Mit dem Gesetzentwurf der Gesundheits- und Justizministerien wird bis Herbst gerechnet. Innerhalb von 2 Jahren hofft man auf einen erfolgreichen Gesetzgebungsprozess. Durch die mit der Legalisierung einhergehende Sicherstellung der Qualität sollen die Gesundheitsge-



fahren für Konsumenten sowie der illegale Markt und die Beschaffungskriminalität reduziert werden. Die Einnahmen aus „der nationalen Produktions- und Verkaufskette unter staatlicher Kontrolle“ sollen in die Suchtprävention fließen.

<https://www.politico.eu/article/luxembourg-legalize-cannabis/>

2 Zukunft Europas

2.1 Brexit

Großbritanniens neuer Premierminister Boris Johnson hat zwei Monate vor dem geplanten EU-Austritt dem britischen Parlament wie angedroht eine Zwangspause bis zum 14. Oktober verordnet, der die Queen ihre Zustimmung gab, wie es formell nötig war. Unter vielen Parlamentsmitgliedern – auch der Regierungspartei - und in der Zivilgesellschaft wird der Schritt als undemokratisch und skandalös angesehen und der Protest ist gewaltig. In mehreren Städten gingen bereits am Abend des 28. September nach dem Bekanntwerden Tausende Menschen auf die Straßen und eine Onlinepetition gegen die Maßnahme erhielt innerhalb weniger Stunden mehr als 1 Mio. Unterschriften. Denn die Entscheidung hat zur Folge, dass den Abgeordneten merklich weniger Zeit bleibt, um einen unregelmäßigen Brexit zu verhindern, den Johnson trotz gegenteiliger Beteuerungen anzustreben scheint. Der Pm lässt sich vorerst von den Protesten nicht beeindrucken, so wie er auch die Warnungen vor dem Chaos, das einem No-Deal-Brexit folgen würde, kleinredet.

Während der Antrittsbesuche Johnson in etlichen EU Hauptstädten wurde ihm klargemacht, dass die EU nicht gewillt ist, das Austrittsabkommen aufzuschneiden und den größten Zankapfel Backstop zur Verhinderung harter Grenzen auf der irischen Insel zu streichen.

2.2 Neue Regierung in Italien

Die italienischen Parteien Fünf Sterne und Sozialdemokraten haben sich nach komplizierten Verhandlungen am 28. August 2019 auf eine Regierung geeinigt. Der bisherige (kleinere) Koalitionspartner LEGA hatte die bisherige Koalition platzen lassen, weil Innenminister Matteo Salvini Neuwahlen provozieren wollte, um angesichts seiner gestiegenen Beliebtheitswerte die Macht zu übernehmen. Seine Rechnung ging nicht auf.

Der alte, zurückgetretene, parteilose Regierungschef Giuseppe Conte soll auch das nächste Kabinett bilden und anführen.

Für die EU und die Wirtschaft sind das gute Nachrichten. Es wird allseits gehofft, dass unter der neuen Koalition Italien v.a. seinen dramatischen Schuldenstand nicht weiter erhöht und die Defizitregeln der EU sprengt und damit eine Euro-Krise riskiert. Dennoch bleibt die Lage ungewiss. Es koalieren frühere Feinde, die Fünf Sterne müssen mit ihren desaströsen Umfragewerte kämpfen, die Sozialdemokraten sind alles andere als einig, bis Ende des Jahres finden mehrere Regionalwahlen statt und die LEGA wird trotz z.Z. abgestürzter Werte auch in der Opposition die Politik beeinflussen.



3 Gesundheit

3.1 EHealth

Die Europäische Kommission hat am 13. August 2019 eine Aufforderung zur Interessenbekundung zur Auswahl der Mitglieder der eHealth-Interessengruppe 2019-2022 veröffentlicht, die bis zum 27. September 2019 läuft. Gesucht werden Vertreter europäischer Dachverbände, die im Bereich der elektronischen Gesundheitsdienste tätig sind. Sie werden für drei Jahre ernannt. Die Gruppe soll die Kommission beraten, Fachwissen bereitstellen und die Ausarbeitung der Politik im Bereich digitale Transformation von Gesundheit und Pflege, insbesondere in den Bereichen Daten, digitale Gesundheitsdienste, Datenschutz, Cybersicherheit, digitale Tools zur Stärkung der Bürger und zur personenbezogenen Betreuung sowie künstliche Intelligenz, unterstützen.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/call-expression-interest-ehealth-stakeholder-group-members-2019-2021>

3.2 Globaler Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria

Die EU hat während des G7-Gipfels in Biarritz am 24. August 2019 die Bereitstellung von weiteren 550 Mio. € für den Globalen Fonds, das internationale Partnerschaftsinstrument zur weltweiten Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria, angekündigt. Die Zusage erfolgte unter der Annahme, dass der neue mehrjährige Finanzrahmen der EU für den Zeitraum 2021-2027 und das neue Instrument für das auswärtige Handeln weitgehend im Einklang mit den Vorschlägen der Europäischen Kommission angenommen werden.

Mithilfe des Fonds wurden seit 2002 bereits 27 Mio. Leben gerettet. Das langfristige Ziel des Fonds ist Epidemien der drei Krankheiten bis 2030 zu beenden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20190826-globaler-fonds_de

3.3 Ebola

Die Europäische Kommission hat am 21. August 2019 als Reaktion auf die sich weiterverbreitende Ebola-Epidemie in der Demokratischen Republik Kongo weitere 465.000 € Hilfe bereitgestellt. Sie sollen dem Nachbarland Burundi zugutekommen und dort Vorsorgemaßnahmen von Hilfsorganisationen und örtlichen Behörden unterstützen, um die Gefahr eines Übergreifens des Virus auf angrenzende Staaten einzudämmen.

Die Weltgesundheitsorganisation erklärte die Ebola-Krise am 17. Juli 2019 als gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite. In einer Risikobewertung vom 19. Juli 2019 kam das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten zu dem Schluss, dass das allgemeine Risiko der Einbringung und Verbreitung des Ebola Virus in der EU sehr gering ist.

https://ec.europa.eu/germany/news/20190821-eu-hilfe-bewaeltigung-ebola-epidemie-zentralafrika_de



3.4 Rheinland-Pfängerin im EP-Gesundheitsausschuss

Die neue Rheinland-Pfälzische Europaabgeordnete Jutta Paulus (Grüne) ist Mitglied im Ausschuss des Europäischen Parlaments für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit geworden. Die Pharmazeutin hat u.a. im Bereich Chemikalienuntersuchung und -bewertung sowie in verschiedenen Labors und im Krankenhaus im Qualitätsmanagement gearbeitet.

<https://www.jutta-paulus.de/>

3.5 Homöopathie

Der politische und fachärztliche Gegenwind gegen Homöopathie wird stärker – besonders in Frankreich (vgl. Letter 29Kw), Deutschland und Belgien, wo viele Menschen homöopathische Medikamente schätzen. Nun hofft Spaniens Gesundheitsministerium auf mehr Rückendeckung bei seinen Bemühungen um eine Änderung der 2001er EU-Richtlinie zum Kodex für Humanarzneimittel hinsichtlich homöopathischer Produkte. Spaniens Anliegen hat zum Hintergrund, dass immer mehr Patienten ihre bisherige Behandlung von Krebs u.a. schweren Krankheiten zugunsten homöopathischer Produkte abbrechen – mit tödlichen Folgen. Entsprechenden Studien widerspricht der Ärzteverband der integrativen Ärzte, zu denen die Homöopathen gehören. Bisher hatte die Europäische Kommission die Änderungswünsche ignoriert und 2017 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Spanien eingeleitet, weil es die Teile der Richtlinie, in dem homöopathische Produkte als Arzneimittel bezeichnet werden, nicht umsetzen wollte.

<https://www.politico.eu/article/spain-joins-backlash-against-homeopathy/>

4 Veranstaltungshinweis - Treffen der Menschen mit Armutserfahrung

Das 18. Treffen der Menschen mit Armutserfahrung findet am 18. und 19. November 2019 in Brüssel statt. Es soll u.a. um die Prioritäten gehen, die von Armut betroffene Menschen auf der Agenda der neuen europäischen Institutionen sehen möchten.

<https://www.eapn.eu/wp-content/uploads/2019/07/EAPN-PeP-2019-Draft-agenda-3683.pdf>

5 Links

DGB: Nur ein soziales Europa kann überleben In: Gegenblende vom 12. August 2019

<https://gegenblende.dgb.de/artikel/++co++3b79b742-bcf4-11e9-8455-52540088cada>

Delegierte Richtlinie (Eu) .../... der Kommission vom 2.8.2019 zur Ergänzung der Richtlinie (EU) 2017/2397 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Standards für Befähigungen und entsprechende Kenntnisse und Fertigkeiten, für praktische Prüfungen, für die Zulassung von Simulatoren und für die medizinische Tauglichkeit



Nachrichten aus Europa

5. bis 29. August 2019



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR SOZIALES,
ARBEIT, GESUNDHEIT
UND DEMOGRAPHIE

<https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/3/2019/DE/C-2019-5646-F1-DE-MAIN-PART-1.PDF>

<https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/3/2019/DE/C-2019-5646-F1-DE-ANNEX-1-PART-1.PDF> (Anhänge)

Europäisches Parlament: Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten am 3. September 2019 (en)

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/plmrep/COMMITTEES/EMPL/OJ/2019/09-03/1187578EN.pdf

Europäisches Parlament: Der EMPL-Ausschuss im Fokus - Dienstleistungen der Fachabteilungen

[http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/638406/IPOL_BRI\(2019\)638406_DE.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/638406/IPOL_BRI(2019)638406_DE.pdf)

Statistisches Amt der EU: 2.6 Mio. fanden Beschäftigung in Q1 2019 (en)

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/DDN-20190807-1?inheritRedirect=true&redirect=%2Feurostat%2Fhome>

Statistisches Amt der EU: Pendler in der EU (en)

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/WDN-20190806-1?inheritRedirect=true&redirect=%2Feurostat%2Fhome>

Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz: Der Nutzen von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit – Schätzung der Kosten arbeitsbedingter Verletzungen und Erkrankungen

<https://osha.europa.eu/de/highlights/value-osh-estimating-costs-occupational-injuries-and-diseases>

Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu Eckpunkten zur Umsetzung der EU-Entsenderichtlinie

<https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/124/1912408.pdf>

Europäisches Gewerkschaftsinstitut: Tarifverhandlungen in Europa (en)

<https://www.etui.org/Publications2/Books/Collective-bargaining-in-Europe-towards-an-endgame.-Volume-I-II-III-and-IV>

Bericht der Kommission zur Durchführung des dritten Aktionsprogramms der Union im Bereich der Gesundheit im Jahr 2016

<https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2019/DE/COM-2019-365-F1-DE-MAIN-PART-1.PDF>

Parlamentarische Anfrage an die Kommission mit Antwort zu Europäischen Mindest-Gesundheitsstandards (en)

http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/P-9-2019-002285_EN.html



Nachrichten aus Europa

5. bis 29. August 2019



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR SOZIALES,
ARBEIT, GESUNDHEIT
UND DEMOGRAPHIE

Zulassungsverfahren unter Beobachtung - GKV und Europäische Ombudsfrau fordern mehr Transparenz In: DSV Europa News 8/2019

<https://dsv-europa.de/de/news/2019/08/zulassungsverfahren-unter-beobachtung.html>

OECD: Trends in der internationalen Migration von Ärzten, Schwestern und Medizinstudenten (en)

https://read.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/recent-trends-in-international-migration-of-doctors-nurses-and-medical-students_5571ef48-en#page1

Europäisches Soziales Netzwerk: Agenda für nachhaltige Entwicklung – Die Rolle von Sozialdienstleistungen zur Verbesserung von Gesundheit und Wohlbefinden (en)

https://www.esn-eu.org/sites/default/files/publications/SDG3%20Policy_briefing_interactive.pdf

Europäische Kommission: Rentenreform in Schweden - Nachhaltigkeit und Angemessenheit der öffentlichen Renten (en)

https://ec.europa.eu/info/publications/pension-reform-sweden-sustainability-and-adequacy-public-pensions_en

Europäische Kommission: die Lücke zwischen Arm und Reich mildern - empirische Bewertung der wichtigsten Trends und Treiber der Umverteilung (en)

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/dp105_en.pdf

Europäisches Sozialpolitik Netzwerk: Soziale Inklusion in Belgien, Tschechischer Republik, Spanien und Litauen (en)

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=89&furtherNews=yes&newsId=9420&langId=en>